



POLIZEI

Heilfürsorge-Niveau wird weiter abgesenkt!

Senat streicht Kostendämpfungspauschale, will aber auf die Einnahmen nicht verzichten!

Der Hamburger Senat beabsichtigt endlich die Kostendämpfungspauschale (KDP) abzuschaffen. Nachdem im Jahr 2004 die Praxisgebühr in Höhe von zehn Euro eingeführt wurde, beschloss der Senat die Einführung der sogenannten Kostendämpfungspauschale für Beihilfeberechtigte. Sie umfasst eine jährlich abzuziehende Eigenbeteiligung, die sich je nach Besoldungsgruppe von 25 bis 500 Euro staffelt. Die Praxisgebühr wurde zum 1. Januar 2013 gestrichen. Damit entfiel der politische „Sachgrund“ für die Kostendämpfungspauschale innerhalb der Beihilfe. Hamburg ist jedoch nicht bereit, wie andere Bundesländer, die KDP ersatzlos zu

streichen, sondern will die dann wegfallenden Einnahmen der Stadt (circa fünf Millionen Euro) auf andere Weise „kompensieren“. So soll mit der Streichung der KDP im Hamburgischen Beamtengesetz die Hamburgische Beihilfeverordnung (HmbBeihVO) geändert werden. Zukünftig sollen zum Beispiel Leistungen von Heilpraktikern nicht mehr beihilfefähig sein. Der Zuschuss für Sehhilfen wird auf das Niveau der gesetzlichen Krankenkassen abgesenkt.

► **WICHTIG: Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte haben keine Kostendämpfungspauschale gezahlt, da sie einen Anspruch auf Heilfürsorge haben.**

Aber: Da Veränderungen der Beihilfe auch immer Auswirkungen für die Heilfürsorge haben, werden mit Inkrafttreten der Gesetzesänderungen zum 1. Januar 2020 die Verschlechterungen auch in der Heilfürsorge durchschlagen. Nach Auskunft der Dienststelle hat die Heilfürsorge (Polizei) im Jahr 2018 Kosten für Heilpraktiker-

leistungen in Höhe von 238.222,24 Euro und für Sehhilfen in Höhe von 49.772,55 Euro übernommen. Diese rund 288.000 Euro – Tendenz steigend – müssen demnächst von den Kolleginnen und Kollegen selbst aufgebracht werden.

DPoIG und **BDK** lehnen diese weiteren Verschlechterungen in Gänze ab! Wieder einmal soll ein politisch verordnetes „Downgrade“ der Heilfürsorge beschlossen werden. Nach der Freien Heilfürsorge, der Heilfürsorge (inklusive Eigenbeteiligung) und der von Ex-Innensenator Michael Neumann (SPD) eingeführten Heilfürsorge „light“, erleben wir nun eine vom rot-grünen Senat

initiierte „Fortentwicklung“ zur Heilfürsorge „ultrasoft“ auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen von Polizei und Feuerwehr! Wertschätzung, Fürsorge, medizinische Versorgung und Gesundheitsvorsorge (?) – Fehlanzeige! Der Griff ins Portemonnaie unserer Kolleginnen und Kollegen ist wichtiger! Wenige Monate vor der Bürgerschaftswahl im Februar des kommenden Jahres, ist das ein verheerendes Signal des rot-grünen Senats in Richtung des Polizeivollzuges!

*Die Landesvorstände
DPoIG Hamburg,
BDK Hamburg*

Impressum:

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel. (0 40) 25 40 26-0
Fax (0 40) 25 40 26 10
Mobil (0175) 3 64 42 84
E-Mail: FRHamburg@gmx.de
Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel. (0 40) 25 40 26-0
Fax (0 40) 25 40 26 10
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de
Geschäftszeit: Montag bis
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr
Fotos: Frank Riebow,
DPoIG Hamburg
ISSN 0723-2230





© Frank Riebow (11)



> Nach der allerletzten Streifenfahrt wurde Klaus vom DPoIG-Landesvorsitzenden Joachim Lenders am „Stütz“ in Empfang genommen.



> Ein herzliches Dankeschön an Polizeipräsident Ralf Meyer. Mit launigen Worten versetzte er Klaus Vöge nach 41 Dienstjahren in den Ruhestand.

Danke Klaus!

DPoIG-Landesvize Klaus Vöge in den Ruhestand verabschiedet

Großer Bahnhof für einen großartigen Kollegen und Gewerkschafter! Am 30. Oktober war es so weit: Der stellvertretende Landesvorsitzende der DPoIG Hamburg, unser Freund, Kollege und Weggefährte Klaus Vöge, wurde nach 41 Dienstjahren bei der Polizei Hamburg in den Ruhestand verabschiedet.

planten Überraschungen ihren gewünschten Effekt. So stauend, sichtlich erfreut und auch bewegt haben wir Klaus lange nicht erlebt! Ein herzlicher Dank an alle Beteiligten – das war wirklich große Klasse! So begann für Klaus der letzte Dienstag mit der allerletzten Streifenfahrt und führte ihn im Beisein seiner Frau Andrea unter anderem zum Polizeikommissariat 44 nach Wilhelmsburg. Klaus bezeichnet seine Dienstzeit am PR 70 beziehungsweise PK 44 als seine schönste Zeit bei der Polizei. Eine Klasse Wachdienstgruppe und abwechslungsreiche Ein-

So war es dann selbstverständlich, dass es für „unseren“ Klaus keine „stille“ Verabschiedung, sondern ganz großes Kino geben würde. Da sich alle an die „Verschwiegenheitsklausel“ hielten, hatten die ge-



> Ein goldenes Rad für den begeisterten Hobby-Radler.



> Landesvorsitzender Joachim Lenders: „Sich der Sorgen und Probleme von Kollegen annehmen, Lösungen aufzeigen, immer gesprächsbereit und engagiert sein, das ist die DPoIG und das verkörperte Klaus im besonderen Maße.“



> Personalratsvorsitzender Klemens Burzlaff bedankte sich im Namen aller Personalräte für Klaus Engagement über viele Jahre.



> Klaus Vöge und unser DPoIG-Bus, das war eine Symbiose, die unsere Kolleginnen und Kollegen während vieler Einsatzbegleitungen erleben durften. Joachim Lenders erinnerte mit seinem Abschiedsgeschenk an die vielen großen und kleinen Einsätze, die von Klaus und dem gesamten DPoIG-Team vor Ort begleitet wurden und werden.

sätze machten für ihn in Wilhelmsburg den Polizeiberuf zum Erlebnis. Die Polizeieinsatzzentrale war dann die nächste Station, bevor Klaus 1999 in die Freistellung des Personalrates der Schutzpolizei gewählt wurde, der dann im Jahr 2000 im laufbahnzweig-übergreifenden Personalrat der Polizei aufging. Jetzt heißt es aber Abschied nehmen! Da verbeamtete Kolleginnen und Kollegen nicht einfach in den Ruhestand verabschiedet, sondern versetzt werden, ließ es sich Polizeipräsident Ralf Martin Meyer nicht nehmen, diese Versetzung persönlich vorzunehmen. Der Polizeipräsident skizzierte in launigen Worten die Lebensleistung von Klaus Vöge und dankte ihm für sein dienstliches, aber auch gewerkschaftliches Engagement über vier Jahrzehnte innerhalb

der Hamburger Polizei. Personalratsvorsitzender und DPoIG-Landesvize Klemens Burzlaff erinnerte in seiner Rede an die eigene Anfangszeit in der DPoIG und im Personal-



> Blumen für Ehefrau Andrea überreicht von Beate Petrou.

heben um die eigene Person oder die eigene Befindlichkeit immer da ist, wenn man ihn braucht. Klaus war und ist Mister „Zuverlässig“, uneigennützig, ein Kamerad im besten Sinne des Wortes! Joachim erinnerte an die gemeinsame Zeit im Landesvorstand der DPoIG, zu dem Klaus seit 2003 gehört, und an die Erfolgsgeschichte unserer Gewerkschaft, die nur ein Geheimnis kennt – harte Arbeit! Sich der Sorgen und Probleme von Kolleginnen und Kollegen annehmen, Lösungen aufzeigen, immer gesprächsbereit und engagiert sein, das ist die DPoIG und das verkörperte Klaus im besonderen Maße, so Joachim Lenders weiter. Er dankte auch der gesamten Familie, die immer hinter dem stand, was Klaus dienstlich und gewerkschaftlich tat und wo so manches Wochenende anders lief als es ursprünglich geplant war. Wir wünschen „unserem“ Klaus alles erdenklich Gute im Ruhestand, bleib gesund, genieße die Zeit mit deiner Familie und deine neue Freiheit! Du hast weit mehr als nur deine Pflicht getan, danke!



rat der Polizei. Eine Zeit, die vom Lernen geprägt war und auch hier war Klaus ein Vorbild und Ratgeber, wenn es darum ging zu helfen und Erfahrungen zu teilen. Klemens bedankte sich im Namen aller Kolleginnen und Kollegen, die innerhalb unserer Gewerkschaft oder im Personalrat in Klaus stets einen hilfsbereiten und geduligen Ansprechpartner fanden. Landesvorsitzender Joachim Lenders würdigte seinen Freund und Kollegen Klaus Vöge als personifizierte Hilfsbereitschaft, als einen Menschen, der ohne viel Auf-

Der Landesvorstand



POLIZEISPIEGEL im Gespräch mit Polizeivizepräsident Morten Struve „Die bloße Amtsautorität reicht nicht mehr“

Seit einem halben Jahr sind Sie jetzt Polizeivizepräsident. Gab es in dieser Zeit Begebenheiten oder Erlebnisse, die Sie nach dem offiziellen Amtsantritt als Nachfolger von Wolfgang Brand überrascht haben?

Die große Bandbreite der Aufgaben und die Themenvielfalt haben mich doch überrascht. Nach über 39 Dienstjahren hatte ich geglaubt, von allen Themen zumindest schon einmal gehört zu haben. Aber da hatte ich mich getäuscht. Insbesondere mit den Themen Digitalisierung/IT, Bau und Haushalt hatte ich mich vorher nie vertieft beschäftigt. Dort, aber auch in anderen Themenfeldern, musste ich viel lesen.

Wenn Sie ein Auszubildender des ersten Semesters fragen würde: „Herr Struve, wie sieht eigentlich ein typischer Arbeitstag eines Polizeivizepräsidenten der Hamburger Polizei aus?“

Ob das der typische Arbeitstag eines Vizepräsidenten ist, kann ich gar nicht so genau sagen. Mein Arbeitstag beginnt gegen 7 Uhr. Dann habe ich in der Regel noch eineinhalb Stunden Zeit, um Vorgänge in Ruhe zu lesen, mein Postfach aufzuklären und mich auf den bevorstehenden Tag vorzubereiten. Um 8.30 Uhr ist die erste Besprechung mit dem Polizeipräsidenten (PL), dem Büro, der Führungsassistentin und dem Chef des Leitungsstabes (LSTL). Die anstehenden Termine und wesentlichen Vorgänge werden kurz besprochen. Danach folgt um 9 Uhr der Lagevortrag

des Polizeiführers vom Dienst beim PL im Beisein und mit ergänzenden Beiträgen der Leiter des LKA, der Schutzpolizei, der Pressestelle und des Leitungsstabes und unmittelbar danach steht eine kurze Abstimmung mit den Genannten über wesentliche Informationen, Vorgänge beziehungsweise zu treffende Maßnahmen an. Ab 10 Uhr folgen dann regelmäßig die unterschiedlichsten festen oder anlassbezogenen Besprechungen intern und extern. Zwischendurch arbeite ich immer gegen den Aktenstapel an – in der Regel bleibt aber etwas, was keine sofortige Terminsache ist, bis zum nächsten Morgen liegen.

Meistens ist dann zwischen 17.30 Uhr und 18.30 Uhr Feierabend, wenn nicht noch Abendtermine anstehen oder der eine oder andere Vorgang in die Aktentasche wandert.

Sie sind seit über 39 Jahren Polizist in Hamburg. Wenn Sie diese Zeit Revue passieren lassen und miteinander vergleichen, welche Veränderungen sind aus Sicht der Polizei und aus Sicht der Bürger die gravierendsten?

Das polizeiliche Agieren ist deutlich professioneller, aber auch komplizierter geworden. Den A-Unfall und die auf den Knien gefertigte 5A oder die Körperverletzung ohne Anträge und damit auch fast ohne Berichtsfertigung gibt es nicht mehr. Zeitgleich haben die Ausrüstung, die Ausstattung und auch die Technik riesige Schritte nach vorn gemacht,



© Frank Riebow (3)

> Morten Struve

was natürlich auch polizeiliche Arbeit verändert. Deutlich entwickelt hat sich die Aus- und Fortbildung neben den theoretischen Inhalten auch hinsichtlich der Schießausbildung, des taktischen Vorgehens, der Kommunikation und der Eigenversicherung. Hier sind wir deutlich besser geworden. Durch die Digitalisierung verbreiten sich Nachrichten, Bilder oder Videos rasant, das bedeutet für uns als Polizei, dass wir mit einer Flut von Informationen und Nachfragen umgehen müssen – ohne immer gesichert über die entsprechenden Erkenntnisse zu verfügen. Der Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern ist zum Teil schwieriger geworden. Deren Ansprüche an „ihre“ Polizei haben sich gewandelt. Die Menschen sind insgesamt kritischer geworden und hinterfragen Dinge – auch und insbesondere staatliches Handeln. Insofern hat sich auch der An-

spruch an die Polizei geändert. Ein grundsätzlicher Respekt vor dem Staat, vertreten durch die Polizei, ist nicht mehr flächendeckend vorhanden. Die bloße Amtsautorität reicht nicht mehr. Das Einschreiten muss für die Betroffenen, aber auch für die Nichtbetroffenen nachvollziehbar sein, gegebenenfalls nachvollziehbar erläutert werden. Ob dieser Anspruch, insbesondere bei den Unbeteiligten, immer gerechtfertigt ist, steht auf einem anderen Blatt. Wir müssen aber damit entsprechend umgehen, damit unser Agieren nicht diskreditiert wird beziehungsweise werden kann.

Es gibt Bürger, Parteien, Verbände und NGO, die der Polizei sehr kritisch gegenüberstehen und ihre Statements, beispielsweise zu Polizeieinsätzen, via Facebook oder Twitter meinstungsstark veröffentlichen. Dazu kommen dann oftmals



POLIZEI

Videosequenzen oder Fotos, die diese Meinung „beweiskräftig“ illustrieren sollen. Die Aussagen münden dann oft in Vorwürfen zu angeblicher Polizeigewalt oder Racial Profiling. Was entgegnen Sie den Kritikern und wie geht die Polizei mit den Vorwürfen um?

Die Polizei handelt rechtsstaatlich. Der Vorwurf des Racial Profiling wird ja sehr häufig im Zusammenhang mit unseren BtM-Maßnahmen erhoben. Hier müssen wir immer wieder deutlich machen, dass unsere Maßnahmen am Verhalten der Störer beziehungsweise der Tatverdächtigen zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort ausgerichtet sind und alle anderen Aspekte für uns keine relevante Rolle spielen. Es ist schwierig, die Informationshoheit zu bekommen – zumal in vielen Fällen der Persönlichkeitsschutz der Betroffenen oder das laufende Strafverfahren eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit stark einschränkt oder gar unmöglich macht. Besonders schwer wird es, wenn die Statements und Sequenzen ganz gezielt eingesetzt werden, um polizeiliches Handeln zu diskreditieren. Hier muss in jedem Einzelfall genau geprüft und abgewogen werden, ob und wie wir dem in der Öffentlichkeit entstehenden Eindruck entgegenwirken können. Ein Patentrezept haben wir leider noch nicht gefunden. Aber wir müssen uns mit dem Thema intensiv auseinandersetzen, um nicht die grundsätzlich gute Arbeit durch die im Einzelfall mediale Falschdarstellung in Misskredit zu bringen. Davon unabhängig besteht natürlich jederzeit die Möglichkeit, das staatliche Handeln recht-

lich überprüfen zu lassen. Denn auch bei uns funktioniert nicht alles fehlerfrei.

Nachwuchsgewinnung, Digitalisierung, Führung und Wertediskussion – unterschiedliche Herausforderungen und Arbeitsfelder für die Polizei und die Polizeiführung. Wie wollen Sie die Polizei der Zukunft aufstellen?

Zum Thema Nachwuchsgewinnung sind wir zurzeit ganz gut aufgestellt, gleichwohl haben wir auch in diesem Bereich noch die eine oder andere erkannte Baustelle in Bearbeitung. Und letztlich werden wir auf Dauer nur für den potenziellen Nachwuchs attraktiv genug sein, wenn wir auch bei der Digitalisierung und dem Umgang miteinander in der Polizei zu guten Ergebnissen kommen. Die Digitalisierung hängt neben den internen Prozessen auch sehr stark von den zur Verfügung stehenden Ressourcen ab, die dazu erforderlichen organisatorischen Veränderungen sind angesprochen, der personelle Mehrbedarf für die ersten Schritte ist anerkannt und in den Haushaltsberatungen wird um die Finanzmittel gerungen. Im Gegensatz dazu können wir bei dem Thema Führung und Umgang mit Werten allein durch Verhaltensänderungen bei jedem Einzelnen große Fortschritte erzielen. Die Themen Führung und Wertediskussion sind untrennbar miteinander verbunden, und das Thema Werte wird zurzeit insbesondere durch die Strategische Personalentwicklung (StratPE) in der Organisation bekannt gemacht und diskutiert. Meine Aufgabe wird es sein, deutlich zu machen, dass es ein Thema

quer durch alle Organisationen über alle Hierarchieebenen hinweg ist und wir es ernst damit meinen. Das heißt, langfristig müssen das Leben der Werte, aber auch das Nicht-Leben der Werte positive oder negative Konsequenzen haben. Nur wenn wir den persönlichen Umgang mit den Werten nicht in der Beliebigkeit des Einzelnen belassen, werden wir das Verhalten in der Polizei nachhaltig und flächig so verändern, wie es die breite Masse der Kolleginnen und Kollegen und auch die Polizeiführungsrunde seit der Befassung in der AG Führungsstrukturen und allen anschließenden Prozessen letztlich als Bedarf formuliert haben. Wenn wir es dann auch noch schaffen, über den wünschenswerten Umgang miteinander und der Digitalisierung hinaus mit unserer Ausstattung und Ausrüstung weit vorn zu bleiben, werden wir auch genügend Personal bekommen, um weiterhin für die Menschen in Hamburg mit professioneller und bürgernahe Polizeiarbeit eine sichere Stadt mit hoher Lebensqualität zu gewährleisten.

Die Akademie der Polizei bietet aktuell nicht die Rahmenbedingungen, die sich die Auszubildenden und Studierenden, aber auch das Lehrpersonal wünschen. Wann wird sich das ändern?

Das drängendste Problem sind meines Erachtens die zu engen und zum großen Teil sanierungsbedürftigen Räumlichkeiten. Die Planungen sehen derzeit eine Aufstockung des Polizeitrainingszentrums (PTZ), den Abriss der Halle A und den Neubau des Hauses A, den Abriss des Hörsaalgebäu-

des II und die dortige Errichtung des neuen Polizeiausbildungszentrums (PAZ) sowie die anschließende Sanierung des jetzigen PAZ vor. Da alles im (unter Höchstlast) laufenden Betrieb erfolgen muss, ist das mit Auslagerungen und Umzügen verbunden. Und auch hier steckt der Teufel wie so häufig im Detail mit einer Vielzahl von Beteiligten. Kurzum, es dauert alles sehr, sehr lange und ich würde mir auch wünschen, dass wir dort deutlich schneller wären. Aber auch in der kritischen Betrachtung findet man kaum eine Stellschraube, um den Prozess zu beschleunigen. Zurzeit gehe ich davon aus, dass wir bald die ersten Arbeiten beobachten können.

Warum sollen junge Menschen Polizist*in oder Polizist*in in Hamburg werden?

Weil es der schönste Beruf ist. Ein Beruf, der einen erfüllt und sinnstiftend ist. Während seiner Dienstzeit kann man in sehr vielen unterschiedlichen dienstlichen Verwendungen – vom Hubschrauberpiloten bis zum Taucher, vom Mitarbeiter beim SEK bis zum Polizeiverkehrslehrer, um nur wenige Beispiele zu nennen – abwechslungsreich arbeiten. Man kann Karriere vom Polizeianwärter bis zum Polizeipräsidenten machen. Welcher Beruf bietet sonst diese Bandbreite und diese Möglichkeiten? Und wenn das alles dann auch noch in der wundervollen Stadt Hamburg passieren kann ... Ich kann mir nichts Schöneres vorstellen und würde es jederzeit wieder so machen.

Herr Struve, wir danken Ihnen für das Gespräch. ■



Stadtteilpolizisten: A 11 ohne Wenn und Aber

Anfang November fand in der Geschäftsstelle der **DPoIG Hamburg** ein erneut gut besuchtes BFS-Seminar statt. Im außerordentlich konstruktiven Austausch untereinander und mit den Leitern von Schutzpolizei (SP), LPD Hartmut Dudde, und Personalabteilung (PERS), LPD Torsten Bödeker, konnten zahlreiche Themen bewegt werden. Ein aktueller Kernbereich war erwartungsgemäß die Fragestellung nach der Abgrenzung zwischen „normalen“ Betreuungsbereichen und solchen mit „besonderen“ Anforderungen sowie den damit verbundenen Wertigkeiten. Hierbei wurde sehr schnell deutlich, dass aus Sicht der Teilnehmer wie auch der **DPoIG Hamburg** die grundsätzliche A11-Wertigkeit eines Stadtteilpolizisten zwingend ist. Auf dieser Grundlage wird eine ehrliche und möglichst flexible Bewertung der Betreuungsbereiche erwartet, die an den bestehenden Strukturen ausgerichtet ist. Und dass – wie bereits mehrfach von der **DPoIG Hamburg** eingefordert – keinesfalls nur nach Kassenlage bewertet werden darf! Auch wenn hierzu noch keine konkreten Antworten gegeben werden konnten, so bestätigte Hartmut Dudde, dass intensiv im Interesse der Betroffenen an einer möglichst flexiblen Umsetzung gearbeitet werde,



© DPoIG Hamburg

reichte erwartet, die an den bestehenden Strukturen ausgerichtet ist. Und dass – wie bereits mehrfach von der **DPoIG Hamburg** eingefordert – keinesfalls nur nach Kassenlage bewertet werden darf! Auch wenn hierzu noch keine konkreten Antworten gegeben werden konnten, so bestätigte Hartmut Dudde, dass intensiv im Interesse der Betroffenen an einer möglichst flexiblen Umsetzung gearbeitet werde,

die mindestens den Status quo bewahren oder verbessern soll. Ein „BFS-Tourismus“ zwischen Betreuungsbereichen soll, so Duddes Aussage, verhindert werden. Hierzu ist eine Arbeitsgruppe in der SP eingerichtet worden, die von der **DPoIG Hamburg** selbstverständlich ebenfalls intensiv und konstruktiv begleitet werden wird. Als weiteres Anliegen, dass den Teilnehmern am Herzen lag, wurde der ein-

hellige Wunsch an den Leiter der Schutzpolizei herangetragen, von der sperrigen Bezeichnung „Bürgernaher Beamter“ abzurücken und stattdessen den deutlich treffenderen und wertschätzenden Begriff „Stadtteilpolizist“ nicht nur im Sprachgebrauch, sondern auch förmlich einzuführen. LPD Hartmut Dudde sagte eine wohlwollende Prüfung zu – wir werden weiter berichten!
Fachbereich Schutzpolizei

Kerstan sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht!

Die Polizei Hamburg hat Ende Oktober dieses Jahres ein rechtswidriges Protestcamp und ein dazugehöriges illegal errichtetes Baumhaus im Vollhöfner Wald (Hafenerweiterungsgebiet Altenwerder) geräumt. Unsere Kolleginnen und Kollegen holten unter anderem einzelne, an Seilen festgemachte Störer von Bäumen herunter. Insgesamt 17 Personen wurden fest- beziehungsweise in polizeilichen Gewahrsam genommen. Die Räumung wurde zunächst unterbrochen und dann in den Folgetagen abgeschlossen. Noch während des gerade begonnenen Polizeieinsatzes meldete sich Umweltsenator Jens Kerstan (Bündnis 90/ Die Grünen) via Twitter zu Wort:

Vollhöfner Wald Ich bleibe bei meiner Einschätzung. Es gibt zur Zeit keine naturschutzfachliche oder zwingend rechtliche Notwendigkeit für eine Räumung. Das ist ein überflüssiger Einsatz #Vollhöfnerwald [sic]



© Twitter

Dazu Joachim Lenders, Landesvorsitzender der **DPoIG Hamburg**: „Es kommt eigentlich nie vor, dass ein Senatsmitglied öffentlich via Rundumschlag Entscheidungen des Ersten Bürgermeisters, des für die innere Sicherheit zuständigen Senators und der ausführenden Polizei kritisiert und als ‚überflüssig‘ bezeichnet. Die Polizei ist es mittlerweile gewohnt, von Teilen der außerparlamentarischen Opposition und interessengeleiteten Gruppen diskreditiert und diffamiert zu werden. Dies von einem regierenden Senator zu hören, ist eine neue Qualität und aus unserer Sicht völlig inakzeptabel. Offenbar ist

Senator Kerstan der Auffassung, dass eine rechtswidrige Besetzung und das Errichten illegaler Behausungen zu vernachlässigen sei, wenn es der ‚guten Sache‘ dient und bei einer bestimmten Wählerklientel ankommt. Das hat wenig mit Rechtsstaat, aber ganz viel mit Parteipolitik zu tun. Im Senat scheinen wenige Monate vor der Bürgerschaftswahl die Nerven blank zu liegen, anders ist so ein Verhalten nicht zu erklären. Dass diese politische Stimmungsmache auf Kosten der Polizei erfolgt, ist gelinde gesagt völlig daneben und Herr Kerstan weiß das auch.“

Der Landesvorstand



Fachbereich Verwaltung informiert Endlich: Zulagenerhöhung

Einige positive Veränderungen hält das Jahr 2019 noch für unsere Kolleginnen und Kollegen bereit.

■ Schmutz-, Gefahren- und Erschwerniszulagen

Am 1. Dezember sind die Veränderungen des Abschnitts II (Schmutz-, Gefahren- und Erschwerniszulagen) des Tarifvertrages „... über die Eingruppierung der Beschäftigten der Freien und Hansestadt Hamburg mit körperlich/handwerklich geprägten Tätigkeiten“ in Kraft getreten. Diese durchweg positiven Veränderungen, die von Michael Adomat als dbb Verhandlungsführer initiiert und von Beate Petrou, Christian Kasch, Karl-Heinz

Stephan und Klaus Völker als Mitglieder der dbb Verhandlungskommission tatkräftig unterstützt wurden, gelten für alle Arbeiterinnen und Arbeiter der Polizei Hamburg rückwirkend zum 1. Dezember 2019.

■ Auszugsweise wollen wir an dieser Stelle drei der neuen Zulagen vorstellen:

- Für den Transport von Asservaten (Waffen, Drogen, Blut et cetera) erhalten die Kraftfahrerinnen und Kraftfahrer einen Aufschlag von 15 Prozent auf den Betrag der Bemessungsgrundlage, zurzeit in Höhe von 9,45 Euro/Stunde.
- Für den Transport von schweren Gütern (über 15 Kilo-

gramm) erhalten unsere Kolleginnen und Kollegen der VT 115 fünf Prozent auf den Betrag der Bemessungsgrundlage, wenn sie hierfür mindestens eine Stunde in Anspruch genommen werden.

- Für den Abbau von Drogenlaboren und Drogenplantagen durch die Mitarbeiter der VT 115 gibt es fünf Prozent auf den Betrag der Bemessungsgrundlage, dies gilt auch für Drogengroßfunde in Lkw et cetera.

Hier lässt sich erkennen, dass der Arbeitgeber endlich die besonderen Anforderungen der Arbeiterinnen und Arbeiter, die bei der Polizei besonders schwere, gesundheitsgefähr-



dende und gefahrgeneigte Tätigkeiten wahrnehmen, honoriert. Die letzte Veränderung in diesem Bereich wurde Anfang der 1970er-Jahre vorgenommen. Nun bleibt nur zu hoffen, dass das neue Personalabrechnungssystem KoPers diesen neuen Tarifvertrag „verstehen“ und umsetzen kann. ■

Polizeibeamte: Kein Freiwild für Beleidigungen

Einem Polizeibeamten, der anlässlich einer Festnahme eines vermeintlich angetrunkenen Verkehrsteilnehmers mit den Worten konfrontiert wurde, „Eure Eltern haben doch auch Juden umgebracht, oder?“, steht nach einem Urteil des Amtsgerichts Konstanz (Az.: 11 C 412/18) ein Schmerzensgeldanspruch in Höhe von 500 Euro zu. Zwar komme eine Geldentschädigung für Polizeibeamte nur bei einer schwerwiegenden Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts in Be-

tracht. Bei Beleidigungen gegenüber Polizisten werde grundsätzlich davon ausgegangen, dass sich Staatsbedienstete auch heftige, persönlich gemeinte Kritik gefallen lassen müssen (siehe dazu: OLG Oldenburg, NJW-RR 2013,927). Eine Geldentschädigung scheidet auch dann aus, wenn von dem Amtsträger erwartet werden könne, dass er die anlässlich einer Dienstverrichtung ausgesprochene Beleidigung nicht auf die eigene Person, sondern vornehmlich auf die

hiervon zu trennende Amtsträgerschaft beziehe. Der vorliegende Fall sei jedoch anders, so das Gericht: Zwar wurde der Polizist anlässlich der Diensthandlung beleidigt. Doch die Beleidigung traf vornehmlich die Eltern des betroffenen Polizeibeamten, die mit der Dienstverrichtung ihres Sohnes nichts zu tun hatten. Eine derartige Persönlichkeitsrechtsverletzung brauche der Polizeibeamte nicht hinzunehmen. Dem Genugtuungsanspruch stehe auch nicht die strafrechtliche



Verurteilung dieses Geschehens entgegen. Eine Genugtuung könne für den einzelnen Polizeibeamten in diesem Fall nur über eine ihm zuffliegende Geldzahlung erfolgen.



Weltpremiere: Erster Streifenwagen mit Brennstoffzelle und E-Motor

Polizeipräsident Ralf Martin Meyer hat vor wenigen Wochen den weltweit ersten Funkstreifenwagen (FuStw) mit Brennstoffzellen- und Batteriebetrieb an den Polizeivollzug übergeben. Der FuStw Mercedes GLC F-Cell hat keinen Verbrennungsmotor, sondern einen Elektromotor, der durch eine Brennstoffzelle mit elek-

trischer Energie versorgt wird. Die Brennstoffzelle macht es möglich, dass der Streifenwagen eine viel größere Reichweite besitzt als reine E-Fahrzeuge. Der Streifenwagen wird jetzt in der Praxis getestet und soll dann in den örtlichen Zuständigkeitsbereichen der Polizeikommissariate 14, 25 und 36 zum Einsatz kommen. ■



© Frank Riebow (2)

> Datenblatt Mercedes GLC F-Cell (Auszug):

| | |
|---|----------------------|
| - CO ₂ -Emissionen (g/km) | 0 |
| - H ₂ -Reichweite im Hybridmodus | 478 Kilometer |
| - Reichweite im Batteriemodus | 51 Kilometer |
| - Batterie | Lithium-Ionen |
| - Motor | E-Motor |
| - Leistung | 155 Kilowatt/211 PS |
| - Tankfüllung H ₂ | 4,4 Kilogramm |
| - Höchstgeschwindigkeit | 160 Kilometer/Stunde |

> Ruhestand*

Folgende Kollegen sind zum 31. Oktober 2019 in den Ruhestand gegangen:

| | | | |
|--------------------------|--------|--------------------|------------|
| Landeskriminalamt | | Personalrat | |
| KHK Gunnar Kulas | LKA 64 | PHK Klaus Vöge | PR Polizei |
| Schutzpolizei | | | |
| POK Andreas Reinhardt | VD 53 | | |

* Ruhestandsdaten werden nur veröffentlicht, wenn eine Einverständniserklärung vorliegt.

Trauerredner

„Die letzte Rede muss die schönste sein“
Ich beschreibe Ihren liebsten Menschen so, wie Sie ihn erlebt haben.
Peter Schölermann · Tel. 01 76/82259594



© Pixabay

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Leserinnen und Leser des **POLIZEISPIEGEL**, der Landesvorstand der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG) und die Redaktion „**POLIZEISPIEGEL**“ wünschen Euch/Ihnen ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in ein erfolgreiches, gesundes neues Jahr 2020.

Joachim Lenders Landesvorsitzender Frank Riebow Landesredakteur

Frohe Weihnachten